

DEUTSCHLAND

Waterkantgate: Sterben nach „Methode 1“

Während die schweizerische Polizei Ende vergangener Woche von einem Freitod Uwe Barschels ausging, propagierte die Familie des ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten weiterhin abenteuerliche

Komplott-Theorien. Millionen Bundesbürger rätselten: Starb Barschel womöglich durch Mord, raffiniert getarnt als Selbstmord – oder aber durch einen Selbstmord, der nicht minder geschickt als Mord inszeniert war?

Bischof Ulrich Wilkens, Vorsitzender der Nordelbischen Kirche, wollte berücksichtigt wissen, „was die Menschen gegenwärtig in Schleswig-Holstein und darüber hinaus bewegt“. In allen evangelisch-lutherischen Gottesdiensten, regte er an, sollte am letzten Sonntag ein Fürbittgebet aus Anlaß des Todes von Uwe Barschel gesprochen werden. Tenor: „Schlimmes ist passiert.“

„Unerschrockenheit, langen Atem und Offenheit auch für unbequeme Tatsachen“ möge Gott den Mitgliedern des Kieler Untersuchungsausschusses in Sachen Pfeiffer/Barschel geben, heißt es unter anderem in dem Gebetstext. Der Tod des einstigen Ministerpräsidenten, begründete Bischof Wilkens die Fürbitte, drücke „wie eine zentnerschwere Last auf die Menschen dieses Landes“.

Mit dem rätselhaften Sterben Uwe Barschels, der bekleidet in der Badewanne im Zimmer 317 des Genfer Luxus-Hotels „Beau-Rivage“ lag, hatte sich am Wochenende zuvor vollendet, was die Hamburger „Zeit“ eine „Tragödie“ nannte, „wie sie die Bundesrepublik in den fast vier Jahrzehnten ihres Bestehens noch nicht erlebt hat“. Wie keine westdeutsche Affäre zuvor bewegte das „North Sea Watergate“ („The Wall Street Journal“) Millionen von Bundesbürgern.

Anonyme Briefe, Detektive, Wanzen – wie ein Krimi hatte der Kieler Skandal begonnen. Nach dem Tode Barschels kamen weitere einschlägige Zutaten hinzu: Spekulationen wuchern seither um einen mysteriösen „Mister X“ und um exotische Gifte, um Machenschaften von Geheimagenten aus Ost und West, um politische Mordkomplote und die internationale Waffenhandelsmafia.

Über Nacht veränderte sich das politische Klima in der Bundesrepublik. „Die



Tatort Hotelzimmer 317: „Voller bizarrer Seltsamkeiten“

Der Fall Barschel und die Rolle des SPIEGEL

Noch ist die Welt voll Rollen, die wir spielen. Solang wir sorgen, ob wir auch gefielen, spielt auch der Tod, obwohl er nicht gefällt.

Rainer Maria Rilke: „Todes-Erfahrung“

Man hört derzeit viel Sprücheklopfe-Mrei, wie etwa, daß man in der Politik anders und menschlicher miteinander umgehen müsse. Aber wer sich so salbungsvoll sorgt, hat meist den Fuß zum nächsten Tritt schon erhoben.

Das Rollenverständnis der Politiker in dieser Republik war gleich zu Anfang von Korruption geprägt. Der Erfolg zählte, sonst nichts. So übernahm auch die Presse ihre Rolle, nicht engelgleich, sondern menschlich anfechtbar.

Denn Rollen spielen wir. Austauschbar sind wir auch. Man denke nur an Thomas Becket, den Kanzler König Heinrichs II. von England. Die Kirchengüter hat er der Krone zugeschanzt, solange er der Mann des Königs war. 1162 zum Erzbischof von Canterbury erhoben, hat er sie zurückgefordert. Dieses Spiel, wie so manches andere, endete 1170 tödlich: „Mord im Dom“.

Politische Skandale pflegen bei uns nicht tödlich zu enden, und das ist gut so. Jenes lähmende Entsetzen, das sich bei den ersten Meldungen über Uwe Barschels Tod („Selbstmord mit dem Revolver“) in hilflosen Bekundungen Luft machte, hatte seinen Grund in dem Mißverhältnis zwischen den Anschuldigungen und diesem, wie es schien, drastischen Kurzschluß.

Für Uwe Barschels Freitod – Mord und Herzversagen einmal beiseite – gibt es bis heute keine andere Erklärung als die, daß er ein zu enges Berufsbild hatte. Ein Leben als Nicht-Ministerpräsident, als Nicht-mehr-Aufsteiger, ein Leben etwa als wohldotierter Rechtsanwalt, konnte er sich nicht vorstellen.

Sollte es auch anders gewesen sein, wir tun gut daran, uns nur dieses Ende, an dem wir teil hätten, vorzustellen. „Was hat der SPIEGEL mit Barschel gemacht“, fragt die stets unschuldige „Welt“ (hier darf getreten werden), unter dem Motto „grausige Kabale“.

Da auch der SPIEGEL wie jeder andere Betroffene seine Rolle gespielt hat, ist er verpflichtet, sich über sich selbst Klarheit zu verschaffen und der Öffentlichkeit Rechenschaft zu geben.

Das Unglück ist, der SPIEGEL, fehlbar wie jede andere Institution, hat sich in diesem Fall Barschel ohne Fehl und Tadel verhalten. Auch das Gegenteil wäre ja möglich gewesen. Aber da müß-

ten wir schon arge Pharisäer sein, wenn wir bei uns selbst nicht mehr reinen Tisch machen könnten.

Wie sehen die Vorwürfe aus, die dem SPIEGEL gemacht werden könnten (den Dauerbrenner „linke Kampfpresse“ lassen wir als zu geißlerisch beiseite, er wäre schon beim Bau der Pyramiden als veraltet zurückgewiesen worden):

- ▷ Er habe viel früher von den Machenschaften in der Kieler Staatskanzlei gewußt, als er berichtet hat. Dies ist beweisbar falsch. Jeweils den neuesten Stand hat er in der nächsterreichbaren Ausgabe wiedergegeben.
- ▷ Er habe den Reiner Pfeiffer ins Spiel gebracht, um die Wahlen in Schleswig-Holstein zu beeinflussen. Auch dies ein absurder Vorwurf. Jeder weiß oder wußte jedenfalls bis zu diesem Wahltag, daß Wahlen am Wahltag selbst und am Tag davor nicht mehr beeinflußt werden können, es sei denn, die Welt stürzte ein.

Der SPIEGEL mußte annehmen, daß sein Bericht, gedruckt am Sonnabend, von den Medien erst nach Schließung der Wahllokale am Sonntag zur Kenntnis genommen würde. Sicher hätte ein Bericht eine Woche vorher unter Umständen Einfluß auf die Wahlen nehmen können, positiv oder negativ. Nur lag irgendeine Aussage irgendeines Pfeiffer bis zum Mittwoch vor der Wahl noch nicht vor.

- ▷ Vielfach belegt ist, daß der SPIEGEL auf Wahlen keine Rücksicht nimmt. Wären Pfeiffers „Schweinereien“ dem SPIEGEL als die des Herausforderers Björn Engholm bekanntgeworden, so hätte er ohne Rücksicht auf Wahlverluste der SPD nicht gezögert, sie zu drucken. Der SPIEGEL sieht sich nicht als den Spielmacher in Bundestags- oder Landtagswahlen.
- ▷ Der SPIEGEL hat seine Bedeutung, so er eine hat, weil er auf Parteiungen und Wahlen eben keine Rücksicht nimmt. Eine ihm offenbarte „Schweinerei“ zu unterdrücken oder auch nur zu verzögern, wäre aus einleuchtenden Gründen für den SPIEGEL tödlich.
- ▷ War es zulässig, am Vortage der Wahl einen SPIEGEL-Titel drucken zu lassen, auf dem „Barschels schmutzige Tricks“ stand? Die feine Sommer-„Zeit“ will keinen Zweifel daran dulden, daß sie die Präsentation dieser Pfeiffer-Story im SPIE-

GEL für fragwürdig hielt, meint aber gleichwohl, der SPIEGEL habe mit seinen Enthüllungen der Republik einen Dienst erwiesen.

Richtig, richtig. Der SPIEGEL konnte der Republik diesen Dienst nur erweisen, indem er sich die feine hanseatische Art der „Zeit“ nicht zu eigen machte. Was vorn plakatiert wurde, entsprach restlos dem Umfeldwissen der damit befaßten Redakteure. Der SPIEGEL hat sich, mit Blick auf die allein für ihn zuständige Staatsanwaltschaft Hamburg, nicht bedeckt gehalten, sondern im Kern mit den Pfeiffer-Aussagen identifiziert. Er hielt und hält den Kern für wahr.

- ▷ Daß dieser plakative SPIEGEL-Titel, erst am Montag nach der Wahl im Handel, die Wahlen beeinflussen könnte, ist eine bis dato durch keinerlei Erfahrung gedeckte Idee, auf die mithin auch der SPIEGEL nicht verfallen konnte. Vermutlich sind die Wahlen durch den SPIEGEL-Titel nicht im geringsten beeinflußt worden, aber das ist bloße Vermutung.
- ▷ Da es aber die Aufgabe des SPIEGEL nicht ist, Wahlen zu beeinflussen, wird jeder skandalträchtige Artikel gedruckt in dem Moment, wo er wasserdicht ist. Dieser hier, wie man sieht, war es. Das sogenannte Restrisiko – Pfeiffer von der CDU auf den SPIEGEL angesetzt – konnte in Kauf genommen werden.
- ▷ Ist eine Kampagne gegen einen Politiker in Wahlkampfzeiten zulässig? Selbstverständlich. Die Parteien tun nichts anderes. Aber hier gab es keine Kampagne gegen einen bestimmten Politiker, sondern eine Kampagne gegen bestimmte Praktiken der Politik. Daß sie ohne Uwe Barschels Wissen nicht hätten stattfinden können, stand nach Ansicht der verantwortlichen Redakteure fest und wird nicht mehr bezweifelt.
- ▷ So bleibt nur die Frage, ob man gegen einen Politiker belastendes Material vorbringen darf, der bei einem Flugzeugunfall dem Tode gerade noch entkommen war. Wer fähig ist, sich für nicht mehr gesund zu halten, muß sich dann halt aus der Politik herausziehen. Harry Truman: „Wer die Hitze nicht aushält, gehört nicht in die Küche.“
- ▷ Ich selbst konnte mir die Angriffe gegen den mir unbekannten Uwe Barschel nicht erklären, er sei an seinem Absturz selber schuld. Die

Piloten seines Flugzeugs habe ich gut gekannt. Beide, Mann wie Frau, hätten sich, wie ich in einem Interview der „Zeit“ zu Protokoll gegeben habe (siehe Rückspiegel), von keinem Ministerpräsidenten und von keinem Herausgeber anweisen lassen, eine gewagte Landung zu vollziehen. Hier war ich auf Barschels Seite.

- ▷ Es bleibt eben nur dieser einzige und auch nur diskutable Punkt, ob man gegen einen sichtbar angeschlagenen Wahlkämpfer und Ministerpräsidenten belastendes Material vorbringen dürfe. Hier ist unsere Ansicht, bestätigt noch durch den vermutlichen Selbstmord, wir durften nicht nur, wir mußten.
- ▷ Theo Sommers inzwischen offenbar überholter Vorwurf in der „Zeit“, der SPIEGEL sei zu „feige“ gewesen, Barschel mit der eidesstattlichen Versicherung des immerhin staatlich angestellten Pfeiffer zu konfrontieren, wirkt im nachhinein nur noch blauäugig. Was hätte eine Konfrontation in dem mittlerweile entblätterten Kreise dieser Staatskanzlei wohl anderes bewirkt als eine technisch einwandfreie, im übrigen aber unwahre Widerlegung?

Hielt man für möglich, Barschel habe von den Aktivitäten seines Pfeiffer gewußt, wovon die SPIEGEL-Redakteure überzeugt waren, so hätte eine „Konfrontation“ nichts weiter bewirkt als einen Maulkorb zur Unzeit, der dann 14 Tage nach der Wahl wieder abgenommen worden wäre.

So muß sich keineswegs der SPIEGEL fragen lassen, wie er künftig mit den Politikern umgehen wird. Er wird es weiterhin auf seine bewährte Art tun, menschliches Versagen eingeschlossen. Es müssen sich vielmehr die Politiker fragen, ob sie dem SPIEGEL und anderen Presseorganen weiterhin die Gelegenheit geben wollen, sie als das anzuprangern, was sie inzwischen geworden sind: rücksichtslose Macht- und Postenjäger. Es stimmt, die „Kampfpresse“ sucht sehr wohl Einfluß und Macht. Aber sie kann, anders als die Politiker, Einfluß und Macht nicht usurpieren.

Der hier schreibt, hatte selbst Gelegenheit, jene Rücksicht am eigenen Leibe zu verspüren, mit der Christdemokraten unter Bruch jeden Rechts gegen politische Gegner vorgehen. Mein damals 13-jähriges Kind hat mir 1962 ins Gefängnis geschrieben, warum ich denn nicht bei ihm sei. Meine Frau wurde für eine Nacht zu Nuten und Kleinstdieben in eine Zelle gesperrt. Ich wäre damals nicht auf die Idee gekommen, daß man meiner Familie unrecht tut. Ich hatte auch kein zu enges Berufsbild. Sehr wohl machte ich mir Gedanken, wie ich den Untergang des SPIEGEL beruflich überleben würde.

Naturgemäß hat sich dem SPIEGEL viele Jahre lang die Frage gestellt, die jetzt pikanterweise von Blättern des Springer-Konzerns aufgeworfen worden ist: ob nämlich der Gebrauch politischer und publizistischer Mittel durch jeden Zweck geheiligt werde.

Dies soll man sich anhören von den Verlegern der „Bild“-Zeitung, die wegen ihres Sportteils zu Recht gerühmt wird; dies von jenen Leuten, die Reiner Pfeiffer für DM 9000,- monatlich eingestellt und an die Kieler Staatskanzlei auf ein Jahr ausgeliehen haben. Da kann man denn doch melancholisch werden.

Ich mag nicht von einem Kommentator des Springer-Konzerns (Peter Gillies in der „Welt“) lesen: „Die Grenze zwischen Leben und Tod gebietet es, unsere politische Kultur zu überprüfen.“ Dann überprüft mal schön. Der Knüppel liegt hier beim Hund.

Diese Art von Arbeitsteilung kennen wir zu gut, gerade der Springer-Konzern und die Partei Uwe Barschels werden sie wie bislang handhaben. Sie denken denn doch nicht daran, über irgend etwas nachzudenken. Was ihnen im Kopf ist, bringen sie ja gleichzeitig zu Markte.

So steht nun also die „Schuldfrage“: Nicht schuld ist der Springer-Konzern, der Reiner Pfeiffer angestellt hat, um eine damals vermutete Konkurrenz – sie ist als „Morgenpost“ inzwischen Wirklichkeit – kaputtzumachen. Nicht schuld ist der Springer-Konzern, der Reiner Pfeiffer für eine abenteuerliche Weile an die Staatskanzlei in Kiel und an den Steuerzahler ausgeliehen hat.

Nicht schuld ist die Staatskanzlei, die einen Mann angestellt hat, dem sie offenbar jede Halunkenrei auf Staatskosten zutraute. Sie alle sind eben nicht schuldig. Schuldig aber ist der SPIEGEL, da er eine unglaubliche, eine beweisbare Affäre öffentlich gemacht hat.

Plötzlich findet auch Theo Sommer in der „Zeit“, Barschel hätte „früher als irgendein anderer wissen müssen, daß da in seiner Staatskanzlei Schmieriges ausgeheckt worden war“. So milde mag man es wohl ausdrücken. Das Niveau der Skandale, so meint nun plötzlich Dieter Gütt im „Stern“, richte sich nach dem Niveau des sie betreibenden Personals.

Ich mag Kollegen nicht heuchlerisch beschuldigen. Aber ich denke doch bis zum Beweis des Gegenteils, SPIEGEL-Redakteure hätten, wären sie denn unbefugt in Barschels Hotelzimmer eingedrungen, erst einmal nachgesehen, ob ihm noch zu helfen war, und dann das Zimmer fluchtartig verlassen. Das Photo hätte man gar nicht machen oder es der Polizei überlassen sollen.

Nichts, wie gesagt, wird sich ändern: die Politik nicht, die Politiker nicht, die Zeitungen und Zeitschriften nicht. Man wird Besserung geloben, aber mit schon gespanntem Knie für den nächsten Tritt.

zuvor verbreitete kritische Stimmung gegen Barschel“, notierte die „Neue Zürcher Zeitung“, „ist nun in eine Welle des Mitgeföhls und teilweise hastiger Schuldzuweisungen umgeschlagen.“

„In diesem Fall, der so voller bizarrer Seltsamkeiten ist, muß man jeden Tag mit allem rechnen“, urteilte Professor Erich Samson, der bisherige Rechtsberater der Kieler Landesregierung. Und tatsächlich verging kaum ein Tag ohne neue Merkwürdigkeiten.

Der giftige Strudel der Affäre erfaßte den schleswig-holsteinischen Oppositionsführer Björn Engholm, der sich plötzlich der Mitwisserschaft an Pfeiffers Aktionen verdächtigt sah (siehe Seite 24). Und mit in den Sog gerieten Hamburger „Stern“-Reporter, die Barschels Leichnam gefunden und photographiert hatten und deren Vorgehensweise einmal mehr die Frage aufwarf, was die Presse darf (siehe Seite 30).

Wie kein anderes Thema jedoch entfachte das Rätselraten über die Todesursache und die Todesumstände die Gemüter. Barschel habe sich erschossen; Barschel sei an Herzversagen gestorben; Barschel als Opfer eines Profi-Killers; Barschel als Selbstmörder – mit einem Wechselbad von Versionen traktierten Presseagenturen, Gerichtsmediziner, Staatsanwälte und auch die Angehörigen des Toten tagelang die Öffentlichkeit.

Mit mehr als nur an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit stand Ende letzter Woche nur eines fest: daß Uwe Barschel wirklich tot war – und daß er, bevor er starb, bereits „politisch ein toter Mann“ gewesen war, wie die „Bunte Illustrierte“ formulierte.

Mit seinem „Ehrenwort“ hatte Barschel seine Behauptung bekräftigt, alle Vorwürfe Pfeiffers seien „erstunken und erlogen“ – offenbar in der selbstsicheren Überzeugung, daß sich die Stützen seiner Macht als stabil erweisen würden: die Treue der Kieler CDU-Fraktion, der Beistand der schwarz durchwirkten Justiz des Landes, die Sympathie CDU-naher Medien und die Kooperationsbereitschaft der schleswig-holsteinischen Freidemokraten.

Doch das Machtgefüge bröckelte, als neue Zeugenaussagen und Dokumente die Richtigkeit dessen bestätigten, was Pfeiffer zu Protokoll gegeben hatte. Erst ging der FDP-Landesvorsitzende Wolf-Dieter Zumpfort auf Distanz zu Barschels „Saustall“ und weigerte sich, gemeinsam mit dem CDU-Spitzenmann vor die Kameras zu treten. Dann legten auch konservative Blätter wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“) Barschel den Rücktritt nahe.

Nachdem er das Amt des Ministerpräsidenten aufgegeben hatte, beantragte die Lübecker Staatsanwaltschaft beim Landtag die Aufhebung von Barschels Immunität. CDU-Abgeordneten, die vertrauliche Zwischenberichte der Ermittler einsehen konnten, wurde klar, was am 9. Oktober dann auch die

„FAZ“ konstatierte: Der Ehrenwort-Geber war „der Lüge in Teilen seiner Aussagen praktisch überführt“.

Die ARD-„Tagesthemen“ sahen „Reiner Pfeiffer als Punksieger“, das ZDF urteilte, Barschels Ehrenwort sei „keinen Pfifferling wert“. Im Kieler Landeshaus notierte ein „Welt“-Reporter die Äußerung eines CDU-Politikers, der Ministerpräsident a.D. möge „gar nicht mehr nach Kiel zurückkehren, sondern sich gleich in die Karibik absetzen“.

Den meisten Unionsabgeordneten schwante schon zu diesem Zeitpunkt, wenige Tage vor Barschels Tod, was ein hoher Kripo-Beamter in die Worte faßte: „75 Prozent von Barschels Aussagen sind nach unseren derzeitigen Erkenntnissen gelogen, die restlichen 25 Prozent müssen noch abgeklärt werden.“



Christdemokrat Barschel: „Glaubt mir denn niemand mehr?“

Stück um Stück war Barschels Verteidigungsposition zusammengebrochen. Während der letzten Wochen hatte beispielsweise

- ▷ Finanzminister Roger Asmussen (CDU) bestätigt, der Ministerpräsident habe sich bereits im Frühjahr – wie von Pfeiffer behauptet, aber von Barschel bestritten – nach der in der Staatskanzlei gefertigten anonymen Anzeige gegen Engholm erkundigt,
- ▷ die Polizei herausgefunden, daß eine Kopie des anonymen Briefes – entgegen den eidesstattlichen Versicherungen Barschels und seiner Sekretärinnen – sehr wohl, wie von Pfeiffer dargestellt, in der Staatskanzlei eingegangen war,
- ▷ der Detektiv Harry Piel erklärt, der Auftrag zur Engholm-Beschattung sei ihm von Pfeiffer übermittelt worden.

Nicht in die Affäre verwickelte Christdemokraten wie Trutz Graf Kersebrock, CDU-Obmann im Ausschuß, zeigten sich bereits am Samstag vorletzter Woche „sehr erschüttert über die Befunde“, die da „nach den ersten Beweisaufnahmen nach nur zwei Tagen“ schon zutage gekommen waren. Wenig später drängte der Kieler CDU-Fraktionsvorsitzende und neue Ministerpräsidenten-Kandidat Klaus Kribben Barschel zum Verzicht auf sein Landtagsmandat; Kribben war sich offenbar der Stimme des einstigen Spitzenkandidaten bei der Wahl eines neuen Regierungschefs nicht mehr sicher.

In einem Beschluß der CDU-Landtagsfraktion – der, wie Kribben betonte, auch vom Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg „mitgetragen“ wurde – ließ sich der Fraktionsvorstand am Freitag vorletzter Woche beauftragen, „möglichst umgehend mit Uwe Barschel zu sprechen, um die Lage zu erörtern und ihm nahezu legen, auf sein Mandat zu verzichten“.

Christdemokraten wisperten, Barschel, von Beruf Rechtsanwalt, werde sich demnächst auch noch einem standesgerichtlichen Ehrenverfahren stellen müssen. Rolf Olderog, Landesgruppenchef der schleswig-holsteinischen CDU-Bundestagsabgeordneten, warf sogar die Frage eines Parteiausschlußverfahrens gegen Barschel auf.

Als ein Redakteur der „Bild“-Zeitung – die tags zuvor mit der Schlagzeile „Barschel ins Gefängnis?“ erschienen war – am Freitag vorletzter Woche den auf Gran Canaria urlaubenden Ex-Mini-

sterpräsidenten telephonisch über die Lage in Kiel informierte, reagierte Barschel fassungslos: „Wie bitte, das ist doch nicht Ihr Ernst. Was ist denn da los? Das ist doch nicht zu fassen. Glaubt mir denn niemand mehr? Was soll ich denn machen?“

Mit dem Iberia-Flug IB 554 traf Barschel einen Tag später, am 15. Uhr, in Genf ein. Was danach geschah, verliert sich in einem wild wuchernden Dschungel von Informationen und Desinformationen. Rasch ausschließen konnten die Genfer Fahnder nur zwei Versionen über den Tod Barschels:

- ▷ die vom Kieler Kriminalpolizeiamt an die Nachrichtenagenturen übermittelte Falschmeldung, Barschel habe sich „erschossen“ – an der Leiche fanden sich keinerlei Einschüsse; und
- ▷ die Vermutung, Barschel sei einem natürlichen Tode erlegen – nach dem Obduktionsergebnis vom Mittwoch letzter Woche befanden sich im Magen fünf verschiedene Medikamente in tödlicher Dosierung.

Seither konzentrieren sich die Überlegungen der Genfer Ermittler sowie ihres Multi-Millionen-Publikums auf drei andere mögliche Ursachen:

- ▷ normaler Selbstmord mit Hilfe von Schlaf- und Schmerzmitteln, begangen in auswegloser persönlicher und politischer Verstrickung;
- ▷ als Selbstmord getarnter Mord, begangen von einem geheimnisvollen Unbekannten etwa mit Hilfe zwangsweise verabreichter Drogen;
- ▷ als Mord inszenierter Selbstmord, dessen raffiniertes Arrangement den Verdacht auf politische Gegner oder anonyme Verschwörer lenkt.

Je mehr sich in der vergangenen Woche Gerichtsmediziner mit dem Tod in der Badewanne beschäftigten, desto plausibler wurde die These, Barschel habe seinem Leben selber ein Ende bereitet. „Wenn wir Medikamente im Magen des Toten finden“, sagte Wolfgang Bonte, Chef der Rechtsmedizin an der Universität Düsseldorf, „gehen wir davon aus, daß es sich mit vernünftiger Wahrscheinlichkeit um einen Selbstmord handelt.“

Am Freitag letzter Woche verlautbarten der Genfer Polizeisprecher Marcel Vaudroz und die Untersuchungsrichterin Claude-Nicole Nardin: „Alles deutet auf Selbstmord hin.“ Die Situation beispielsweise, in der Barschel von den „Stern“-Reportern im Hotel aufgefunden wurde, sprach nicht, wie sein Bruder Eike immer wieder betonte, „gegen einen Selbstmord“ – sie sprach eher dafür.

„Kombinierten Selbstmord“ nennen Experten die typischen Vorkehrungen entschlossener Suizidwilliger, ihre Tat doppelt abzusichern. „Angst, daß die Wirkung der Medikamente nicht ausreicht“, sagt der hannoversche Gerichtsmediziner Hans Dieter Tröger, sei gele-



Ermittler im „Beau-Rivage“: „Bitte nicht stören“

gentlich der Anlaß, eine zweite tödliche Kausalkette in Gang zu setzen. So sei es denkbar, daß Barschel sich in die Badewanne gesetzt habe, „in der Hoffnung, ich werde bewußtlos und werde dann in das Wasser einsinken und ertrinken“.

Die typische Verbindung von Medikamententod mit dem Ertrinken in der Badewanne ist seit langem erforscht. Bereits 1967 stellte das Berliner „Institut für gerichtliche und soziale Medizin“ eine Untersuchung über Todesfälle in der Badewanne vor, die Trögers Hinweis stützen kann: Von 26 analysierten Todesfällen in Berliner Badewannen waren 15 auf Selbstmord zurückzuführen. Und in 13 der 15 Fälle waren Medikamente und Alkohol zumindest mitursächlich für den Tod.

Wer, „wie offenbar Barschel“, seinen Tod „nüchtern kalkuliert“, meint der hannoversche Suizidforscher Hermann Pohlmeier, der bedenke alle einschlägigen Umstände oder mache sich vorher gegebenenfalls kundig.

Für solche Umsicht Barschels spricht auch das Handtuch, das um seinen rechten Arm in der Wanne gewickelt war: „Eine sehr gebräuchliche Sache“, so

Pohlmeier, sei das Handtuch am Arm von Selbstmördern, die Tabletten nehmen, „um Erbrochenes aus dem Gesicht wischen zu können“.

„Wer legt sich“, fragte vor Journalisten Barschels Bruder Eike, „schon zum Sterben bekleidet in die Badewanne?“ Viele tun es. Von mehreren Fällen, in denen Suizidote angezogen im Badewasser aufgefunden wurden, berichtet Günter Schewe, Rechtsmediziner an der Universität in Gießen. Grund: das Schamgefühl, das sich dagegen sträubt, nach dem Tod nackt aufgefunden zu werden.

Daß Barschel – so legt es das Photo im „Stern“ nahe – feuchte Haare hatte, obgleich sein Kopf sich über der Wasseroberfläche befand, kann sich ganz schlicht aufklären: Der Kopf des Toten kann durch schnell sich bildende Gase erst nachträglich an die Wasseroberfläche geschwemmt worden sein.

Sollte sich die Annahme bewahrheiten, Barschel sei in der Wanne an der vorsätzlich eingenommenen Tabletten-dosis gestorben – dann war es ein Tod, für den es eine Anleitung gibt:

Kombinierte Methode 1:

Schlafmittel und Wasser (im Bad)

Setzen Sie sich in ein Bad voll warmem Wasser und nehmen Sie die Mittel mit Mineralwasser und/oder Alkohol ein. Wenn Sie bewußtlos sind, gleiten Sie infolge Erschlaffung der Beinmuskeln mit dem ganzen Oberkörper ins Wasser, und der Tod tritt kurz danach ein. Achten Sie darauf, daß die Beine nicht durchgestreckt sind, sonst gleiten Sie auch bei Erschlaffen der Beinmuskulatur mit Ihrem Oberkörper nicht völlig ins Wasser.

So empfiehlt es eine Broschüre der „Deutschen Gesellschaft für Humanes



Abtransport der Barschel-Leiche: „Stimmung umgeschlagen“



Polizeisprecher Vaudroz, Richterin Nardin: „Alles deutet auf Selbstmord“

Sterben“. Das Traktat zirkuliert unter Mitgliedern des Sterbehilfe-Vereins. Hans Henning Atrott, der Vorsitzende des Vereins, ist sicher, daß Barschel seinem Leben nach der Kombi-„Methode 1“ ein Ende gesetzt hat: „Er ist durch Freitod selbstverantwortlich gestorben.“

Die Übereinstimmung der Umstände im Fall Barschel mit den Empfehlungen des Suizid-Traktats ist in der Tat frappierend: „Sorgen Sie dafür, daß Sie mindestens zwölf Stunden ungestört sind. Sollte Ihnen dies nicht möglich sein, so wäre ein gutes Hotel . . . empfehlenswert.“ Daß Barschel sich das Leben genommen hat, kann Fachleute nicht verwundern. „Vom Psychologischen her“, so Selbstmordforscher Pohlmeier, „habe ich nie etwas anderes erwartet.“

Nur wenige Politiker hätten, meint er, ihr Leben so konsequent wie der Ex-Ministerpräsident der Karriere und der Macht verschrieben. Für Menschen dieser Art aber sei ein politischer Abstieg „eine solche narzißtische Kränkung, daß sie wirklich nicht mehr können“. Nach den Absetzbewegungen in CDU und FDP sei Barschel schließlich klageworden, daß es keinen Ausweg mehr gebe, glaubt Pohlmeier: „Keine Kurzschlußhandlung, ein Bilanzselbstmord.“

Die „Welt“ wußte posthum zu berichten, Psychologen hätten den Ministerpräsidenten schon immer „für extrem suizidgefährdet“ gehalten, in seinem Reisegepäck fanden sich Antidepressiva. Der Bericht des Barschel-Anwaltes Samson über sein letztes Telefonat mit dem Urlauber auf Gran Canaria gibt einen Hinweis, wie Barschel sich gefühlt haben muß: Er habe am Telefon geweint. Und er habe auf Ratschläge Samsons geantwortet: „Meinen Sie, das bringt noch was?“

Solche Informationen lassen es folgerichtig erscheinen, daß Barschel, wie ein

Vertrauter berichtet, vor seiner Abreise in Gran Canaria beim Chef des Wachdienstes der Ferienanlage „Tabletten zum Schlafen“ anforderte. Die sind in Spanien relativ leicht auch ohne Rezept zu erhalten.

Folgerichtig erscheint auch, daß der ohne Begleitschutz reisende Barschel in ein Hotel zog, wie es den Empfehlungen der Suizidbroschüre entspricht, und daß er sogar seinen Bruder Eike – falls dessen Aussagen zutreffen – über den Aufenthaltsort getäuscht hat: Er sei „hier im Hilton“, habe Barschel am Telefon gesagt, als er schon im „Beau-Rivage“ abgestiegen war.

Allerdings: Einige Tatsachen scheinen nicht so ohne weiteres in das Bild des Selbstmörders Barschel zu passen. So stützt die Familie des Toten ihre beharrliche Behauptung, „ein Selbstmord ist ausgeschlossen“, auf ein Bündel merkwürdiger Begleitumstände:

- ▷ Barschel sei nach Genf gekommen, um sich Informationen von einem rätselhaften Mann namens Robert Roloff zu verschaffen, die ihn rehabilitieren könnten. So etwas mache niemand, der entschlossen sei, sich das Leben zu nehmen.
- ▷ Barschel habe Informationen und möglicherweise sogar ein Photo erhalten: „Ein Erfolgserlebnis“ (Eike Barschel) – kein Grund, sich umzubringen.
- ▷ Barschel habe sich in Telefongesprächen mit seiner Schwester und seiner

Ehefrau optimistisch geäußert, in Kiel neue Informationen zu seiner Entlastung vorbringen zu können.

Nicht ins Bild vom gut organisierten Selbstmord passen schließlich einige Umstände am Tatort. Die Tür zu Zimmer 317 beispielsweise war unverschlossen; nach Aussagen einer Putzfrau hing sogar am Sonntag gegen 11 Uhr noch das grüne Schild an der Tür: „Bitte Zimmer aufräumen“. Die rote Seite des Schildes („Bitte nicht stören“) wurde erst um 11.30 Uhr gesehen – eine Stunde vor der Entdeckung des Leichnams in der Badewanne.

Wer auch immer das Schild von der grünen auf die rote Seite gedreht haben mag – es war offenbar noch „grün“, als Barschel den bisherigen Ermittlungen zufolge schon tot gewesen sein mußte. Auch für den Forscher Pohlmeier ist das ein nur schwer erklärlicher Umstand: „Wenn einer sterben will, hängt er die rote Karte raus.“

So gab es in der vergangenen Woche auch den einen oder anderen Grund für die Annahme, Barschel sei *nicht* freiwillig aus dem Leben geschieden.

Der Ex-Ministerpräsident hatte vor seinem Tod zahlreiche Termine vereinbart – ein Verhalten, das einem geplanten Selbstmord, falls er nicht als Mord getarnt werden sollte, widerspricht. So wollte Barschel schon am Montag, anstatt, wie ursprünglich geplant, am Mittwoch, vor dem Kieler Untersuchungsausschuß aussagen. Und noch für Sonntagabend hatte er sich mit seinem



Freya Barschel, Eike Barschel
„Eisern entschlossen“

„Ohren auf, aber Finger weg“

Das lange Schweigen der Kieler SPD über ihre Pfeiffer-Connection

Eine winzige Notiz in Reiner Pfeiffers Terminkalender führte dazu, daß seine Kontakte mit der Kieler SPD herauskamen. Die Lübecker Staatsanwaltschaft schleppte bei einer Durchsuchungsaktion Mitte September einen Stapel Unterlagen des ehemaligen Regierungsreferenten ab. Darunter fand sich ein Pfeiffer-Vermerk unter dem Datum 16. Juli: „Nili“ – ein Kürzel für den Namen des Kieler SPD-Sprechers Klaus Nilius.

Der Sozialdemokrat, seit 1983 im Amt, bekam eine Vorladung vom Staatsanwalt. Nilius offenbarte, er habe sich seit Juli viermal mit Pfeiffer getroffen und dabei von dessen subversiver Arbeit erfahren. Auch habe es ein Treffen zwischen Pfeiffer, dem SPD-Landesvorsitzenden Günther Jansen und dem Hamburger Rechtsanwalt und Ex-Bürgermeister Peter Schulz gegeben.

Die ersten Kontakte hatten sich zwangsläufig ergeben. In den Presserräumen des Kieler Landshauses liefen sich der Oppositionssprecher und der Regierungsreferent häufig über den Weg. „Irgendwann im Sommer“, erinnert sich Pfeiffer, habe Nilius vorgeschlagen, „mal gemeinsam ein Bier“ trinken zu gehen.

In der Kieler Gaststätte „Legienhof“ im Gewerkschaftshaus kam es am 16. Juli gegen 17 Uhr zum ersten Treffen. Bei Edelzwicker, Bier und einem kleinen Imbiß, so Pfeiffer, habe man sich „erst mal beschnuppert“. Bei drei weiteren Begegnungen, am 21. und 27. Juli sowie am 3. August, trauten sich die beiden Kollegen schon nicht mehr in die Öffentlichkeit. Geredet wurde laut Pfeiffer nur noch im Auto von Nilius.

Die Geheimhaltung machte Sinn: Pfeiffer beichtete Nilius „von Mensch zu Mensch“ über die Machenschaften, die aus der Kieler Staatskanzlei gegen den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm angezettelt worden waren und von „bohrenden Zweifeln über das, was ich machen muß“. Der SPD-Sprecher soll daraufhin vorgeschlagen haben, weitere Aktionen nur „auf die sanfte Tour“ zu fahren. Die Herren vereinbarten „absolute Vertraulichkeit“.

Manche Pfeiffer-Erzählungen erschienen Nilius „unglaublich, ungeheuerlich“. Zeitweise vermutete er ein „Doppelspiel“, darauf angelegt, „mich mit einer erfundenen Geschichte zu linken“. Er will deshalb für sich beschlossen haben: „Ohren auf, soviel wie möglich erfahren, aber Finger weg davon.“

Doch am 7. September, dem Montag vor der Wahl, arrangierte er ein Treffen zwischen Pfeiffer, dem SPD-Landesvorsitzenden Jansen und Rechtsanwalt

Schulz. Im Mövenpick-Hotel „Lysia“ in Lübeck lüftete Pfeiffer seine Geheimnisse. SPD-Chef Jansen soll sich dabei immer wieder auf die Schenkel geschlagen und ausgerufen haben: „Das kann ich alles nicht glauben.“

Mit seinen Aussagen vor dem Staatsanwalt über die heimlichen Begegnungen brachte Nilius die SPD „in äußerste Bedrängnis“ („Hamburger Morgenpost“). Denn die Genossen hatten, warum auch immer, die Kontakte zu Pfeiffer verschwiegen. Erst vier Wochen nach der Wahl entschlossen sich Nilius und Jansen zur Flucht nach vorne. Auf einer Pressekonferenz am 9. Oktober verblüfften sie die Journalisten mit Details ihrer

▷ Oppositionsführer Engholm behauptete am 18. September, unmittelbar nach der „Ehrenwort“-Pressekonferenz von Barschel, es habe „weder beim Landesvorstand noch beim Fraktionsvorstand noch bei mir oder sonstwo“ eine „erkennbare Anlaufstelle“ für Pfeiffer gegeben. Laut Pressesprecher Nilius war Engholm jedoch am 13. September, dem Wahlsonntag, über die Kontakte zu Pfeiffer informiert worden.

Schatten fielen auch auf Anwalt Schulz. Der hatte, nach ersten Veröffentlichungen über die Bespitzelung, im Auftrag Engholms Anzeige „gegen Unbekannt“ erstattet. Auch nach dem Tref-



Sozialdemokraten Nilius, Engholm: „Purer Dilettantismus“

Pfeiffer-Connection, die nach der Nilius-Aussage nicht mehr geheimzuhalten war.

Dabei wurde offenkundig, daß Nilius, Jansen und Oppositionsführer Engholm gegenüber der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt hatten:

▷ Pressesprecher Nilius hatte bis dahin jegliche Kontakte zu Pfeiffer abgestritten. Dafür bat er hinterher „um Verzeihung“.

▷ Der SPD-Landesvorsitzende Jansen hatte am Tag vor der Wahl, als die Vorwürfe gegen Uwe Barschel publik wurden, erklärt, er höre von den Vorgängen zum ersten Mal. In Wahrheit hatte er wenige Tage zuvor alle Details von Pfeiffer selbst erfahren.

fen in Lübeck, bei dem ihm Pfeiffer bekannt geworden war, änderte Schulz die Anzeige nicht ab. Auch tat er seinen Mandanten Engholm nicht sofort von den Pfeiffer-Kontakten informiert.

Engholm mußte letzte Woche einräumen, die SPD habe „kardinale schlimme Fehler“ gemacht, es sei „ein Stück sozialdemokratischer Glaubwürdigkeit in Frage gestellt“ worden. Statt Professionalität habe „purer Dilettantismus“ obsiegt, ein Verhalten, für das es „keine vernünftige Erklärung“ gebe.

Wohl wahr. Parteichef Jansen druckste in einem Fernsehinterview, er habe nicht gewollt, „daß durch die Aussage, ich hätte bestimmte Dinge gewußt ...

ein Nebenkriegsschauplatz eröffnet wird, um sozusagen abzulenken von dem, was die Regierung getan hat“. Und der Parlamentarische SPD-Geschäftsführer Gert Börsen verteidigte das Schweigen mit dem Hinweis, Pfeiffers Informationen seien „ausgesprochen unglaubwürdig“ gewesen und wären „von den allerwenigsten ernst genommen worden“.

Die Argumente zogen nicht. SPD-Landtagsabgeordnete monierten die „Geheimniskrämerei“, Bonner Spitzengegossen kritisierten „amateurhaftes Verhalten“. War die SPD zunächst ein „Opfer des Verfalls politischer Kultur“, stellte die „Frankfurter Rundschau“ fest, „so trug sie durch ihr Schweigen auch ein Stück zu eben diesem Verfall politischer Sitten bei“.

Schleswig-holsteinische Frei- und Christdemokraten witterten die Chance, die Sozialdemokraten als gleichbelastete Badegäste im Kieler Schlamm zu begrüßen und Engholms Rücktritt zu fordern – ganz so, als wiege die dilettantische Informationspolitik der SPD ebenso schwer wie das rechtswidrige Treiben der Kieler Staatskanzlei. Engholm erinnerte daran, „daß Täter und Opfer zusammen gemischt werden sollen wie so oft in der deutschen Geschichte“.

Zweifel weckte freilich die SPD-Version, ihr Spitzenkandidat habe vor der Wahl nichts Genaues gewußt. „Wem will die Kieler SPD dies weismachen?“ höhnte die „FAZ“. Und der in Schlamm-schlachten erfahrene CDU-Generalsekretär Heiner Geißler trat nach: „Eine dreiste Zumutung“.

Der Kieler SPD-Chef Jansen dagegen behauptet unerschüttert, er habe Engholm erst nach der Wahl von seinem Pfeiffer-Kontakt unterrichtet. Begründung für das lange Schweigen: Der „sensible“ Kandidat sollte nicht vor der Wahl aus dem Konzept gebracht werden.

Engholm selbst will bis zum Wahlsonntag nur „vage Andeutungen“ gehört haben: „Da bin ich auch dankbar und glücklich drüber.“ Bei Kenntnis der Kabale aus dem Regierungslager wäre „der Wahlkampf nicht so zu Ende gegangen, wie er zu Ende gegangen ist“. Gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ erklärte Engholm gar, in Kenntnis der Aktivitäten der Staatskanzlei hätte er noch vor der Wahl „die Klamotten geschmissen“.

Das kann immer noch passieren. Letzte Woche soll der strapazierte Kandidat erwogen haben, wegen der Pannen zurückzutreten. Die Fraktion habe ihn aber beschworen, weiterzumachen. Engholm will zumindest so lange durchhalten, „bis der Brechreiz zu groß wird“.

Zunächst belieben es die Kieler Sozialdemokraten bei einem Bauernopfer: Pressesprecher Nilus wurde beurlaubt – gegen Widerstände in der Fraktion, und, natürlich, „auf eigenen Wunsch“.

Rechtsbeistand Samson verabredet, um seine Verteidigungsstrategie abzustimmen.

Über Motive und Mittel eines möglichen Mordes kursierten letzte Woche die abenteuerlichsten Geschichten. Da war die Rede von medizinisch nicht nachweisbaren Giften, die dem Opfer nach Geheimdienstmanier injiziert worden seien; da waberte die Version, Barschel sei einem Lockvogel auf den Leim gegangen, der sich als Informant ausgab und ihn dann mit vorgehaltener Pistole zum Tabletenschlucken gezwungen habe; da geisterte das Gerücht, der einstige Ministerpräsident sei von einer internationalen Waffen-Mafia hingerichtet worden.

Unter der Schlagzeile „Barschel, Opfer der Irangate-Waffenhändlerbande“ spekulierte der britische „Daily Telegraph“ über eine angebliche Beteiligung des früheren Ministerpräsidenten an Waffengeschäften mit dem Iran. Die Nachrichtenagentur „Associated Press“ erinnerte an zwei mysteriöse Todesfälle im Zusammenhang mit illegalen Waffenlieferungen der österreichischen Staatsfirma Voest an den Iran (SPIEGEL 39/1987).

„Bild“ zitierte groß „unseren besten Kriminologen“, den Luxemburger Armand Mergen: „Mord... In Frage kommen Geheimdienste, Waffen- und Drogenhandel.“ Und die „FAZ“ registrierte „in Genf zirkulierende Gerüchte“ über „Waffenhandel“ und eine „Falle in Genf“ – weil „Barschel zu viel gewußt haben könnte und, nachdem er von seinen Freunden fallengelassen worden war, gefährlich hätte werden können“.

Gestützt werden solche Konstrukte vor allem mit Hinweisen auf eine illegale Transaktion, bei der die staatseigene Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) und das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) vor gut zwei Jahren zentnerweise Konstruktionsunterlagen für den U-Boot-Bau nach Südafrika lieferten. Ein Bonner Untersuchungsausschuß versucht seit Monaten, die Hintergründe dieses Deals aufzuhellen.

Soviel ist bekannt: Bundeskanzler Helmut Kohl, der schleswig-holsteinische CDU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Stoltenberg sowie Vertreter der Barschel-Regierung waren an dem geheimen Handel maßgeblich beteiligt oder wußten seit langem davon.

Zum engsten Kreis gehörte der Kieler Finanzstaatssekretär Carl-Hermann Schleifer, zugleich Mitglied des HDW-Aufsichtsrats, der durch seine Aussage in der Barschel-Affäre maßgeblich zum politischen Ende des ehemaligen Ministerpräsidenten beigetragen hat.

Doch alle Mordtheorien haben denselben Mangel: Sie basieren lediglich auf Vermutungen und Behauptungen.

Sämtliche Thesen über ein tödliches Komplott gründen sich auf die Annahme, Barschel habe sich in Genf mit dem

mysteriösen Roloff getroffen – der sei, so Eike Barschel, „einer der Komploteure“ gewesen und habe Barschel in eine Falle laufen lassen.

Der ominöse Unbekannte, erzählte Freya Barschel, habe unter demselben Namen bereits am 26. September in ihrem Möllner Privathaus angerufen und sich als ehemaliger Freund Pfeiffers ausgegeben, mit dem er verkracht sei. Das Telefonat sei aus Hannover gekommen.

In der niedersächsischen Landeshauptstadt fand die Lübecker Staatsanwaltschaft vergangene Woche einen Mann, der Roloff gewesen sein könnte: Am Donnerstagabend durchsuchten Strafverfolger die Wohnung des Journalisten Bernd Plogmann, 43, der im vergangenen Jahr kurzzeitig beim Bremer „Weser Report“, der früheren Wirkungsstätte Pfeiffers, beschäftigt war. Bis zum Mai dieses Jahres gab es, laut Pfeiffer, noch private Kontakte, bei denen Barschels damaliger Medienreferent dem Ex-Kollegen Papiere aus der Kieler Staatskanzlei zusteckte.

Heiße Spur oder kalter Kaffee: Plogmann selbst plauderte vergangenen Freitag aus, er habe vor drei Jahren für das CDU-Blatt „Niedersachsen-Zeitung“ unter dem Pseudonym „Robert Roloff“ geschrieben. Ob er der mysteriöse Anrufer war, ist ungewiß – sicher scheint nur, daß er vorletztes Wochenende nicht in Genf war.

Ob Barschel zu diesem Zeitpunkt überhaupt einen Informanten getroffen hat, ist unklar. Kein ernst zu nehmender Zeuge hat den Ex-Ministerpräsidenten und den mysteriösen Unbekannten zusammen gesehen. Weder am nichtvorhandenen „Informationsschalter“ (Freya Barschel) noch sonstwo „auf dem Flughafen“ (Bruder Eike) hat Barschel irgend jemanden getroffen. Das berichten „unstreitig“ die Journalisten Frank Gabely und Angelo Guarino, die den Politiker bei seiner Ankunft von der Zollsperrre bis zum Taxi begleitet hatten.

Verblüfft las Gabely („Das ist ja Unsinn“) am vergangenen Mittwoch auch jene Passage im „Stern“, die ihm sein Auftraggeber in der jüngsten Ausgabe mit Raffinement angedichtet hatte: Danach soll das Taxi mit Barschel den Flughafen mehrmals umrundet haben, „wie um etwaige Verfolger abzuschütteln“. Alsdann habe der Politiker, „wieder in der Nähe des Airports, einen fast 1,80 Meter großen Mann, dunkelblond und glattrasiert, bekleidet mit Jeans, blauem Pullover und Popelinejacke“, getroffen.

„Die beiden“, fabulierte die Illustrierte weiter, „sprachen knapp eine halbe Stunde spazierend miteinander.“

Gabely, in der Story als „Stern“-Mitarbeiter apostrophiert, hat von alledem nichts bemerkt, „das hat niemand gesehen“. Er habe zwar versucht, dem Politiker im Taxi hinterherzufahren,

„Auftrieb mit zunehmendem Leichenalter“

SPIEGEL-Interview mit dem Berliner Gerichtsmediziner Professor Volkmars Schneider

SPIEGEL: Wie häufig ist der Tod in der Badewanne?

SCHNEIDER: Früher haben wir solche Fälle selten gesehen, in den letzten Jahren sehen wir sie gehäuft. Meist handelt es sich um Stromtodesfälle. Von den rund elfhundert gerichtlichen Sektionen, die wir in Berlin pro Jahr durchführen, sind ungefähr zehn Badewannen-Todesfälle.

SPIEGEL: Und Sie unterscheiden dann zwischen den vier theoretischen Möglichkeiten – plötzlicher Tod aus natürlicher Ursache, Unfall, Selbstmord, Mord. Scheiden im Fall des Uwe Barschel Unfall und plötzlicher Tod aus natürlicher Ursache aus?

SCHNEIDER: Der Nachweis von Schlaf- und Beruhigungsmitteln sagt noch nichts darüber aus, ob diese Mittel zum Tode geführt haben können. Es kommt ganz entscheidend darauf an, welche Mittel es sind und in welcher Konzentration sie gefunden werden. Mittel, die man im Magen-Darm-Trakt findet, können noch gar nicht gewirkt haben. Entscheidend sind die Konzentrationen im Blut und den Organen.

SPIEGEL: Welche Gründe gibt es, ganz allgemein, für einen Selbstmord in der Badewanne?

SCHNEIDER: Viele, die in suizidaler Absicht Schlafmittel einnehmen, werden im Bett aufgefunden. Aber es kommt immer wieder vor, daß mehrere Mittel kombiniert werden, um ganz sicher zu gehen. Wer beispielsweise Schlafmittel in nicht sicher tödlich wirkender Konzentration nimmt, der hofft, im Wasser der Badewanne unterzusinken und dabei zu ertrinken. Das finale Ertrinken sehen wir relativ häufig in solchen Fällen.

SPIEGEL: Liegen Selbstmörder häufig angezogen in der Badewanne?

SCHNEIDER: Das sehen wir relativ häufig. Bei den Selbsttötungen beträgt nach unseren Untersuchungen das Verhältnis von bekleidet zu unbekleidet drei zu eins. Der Grund: Scham.

SPIEGEL: Zur Bestimmung des Todeszeitpunkts schreiben Sie in Ihrem neuesten Buch „Die Leichenschau“, daß „die Todeszeitbestimmung immer nur eine Todeszeitschätzung sein kann“*. Das gilt wohl besonders, wenn ein Toter im ursprünglich warmen Wasser liegt?

SCHNEIDER: Das ist richtig. Wir Gerichtsmediziner geben unseren ärztli-

chen Kollegen, die zur Leichenschau gerufen werden, immer die Empfehlung, sich sehr zurückhaltend zum Todeszeitpunkt zu äußern. Aus Angaben zur Todeszeit können sich erhebliche Konsequenzen ergeben, insbesondere bei Kapitalverbrechen. Und was nun das warme Wasser angeht: Man benutzt vor allem die Auskühlung der Leiche, die Ausbildung der Totenstarre und der Totenflecke zur Bestimmung der Todeszeit. Alle diese Faktoren sind außerordentlich temperaturabhängig. Je höher die Temperatur ist, um so rascher verlaufen diese Prozesse. Bei Leichen, die im warmen Wasser liegen, verlaufen die Auskühlungsvorgänge naturgemäß langsamer. Nach einer gerichtsmedizinischen Faustregel kühlt eine Leiche bei Zimmertemperatur pro Stunde etwa um ein Grad ab. Zur Bestimmung der Leichenzeit ist also entscheidend wichtig zu wissen, welche Temperatur das Badewasser und welche die Leiche beim Auffinden hat. Sie sehen, die Todeszeitpunkt-Bestimmung gehört zu den schwierigsten Aufgaben des Gerichtsmediziners.

SPIEGEL: Hat eine Leiche, die in der Badewanne gefunden wird, die Augen geschlossen, halboffen oder offen?

SCHNEIDER: Alles kommt vor. Aus dem Umstand, daß die Augen geschlossen sind, kann man keine weiterreichenden Schlüsse ziehen, genausowenig wie man aus dem Gesichtsausdruck ableiten kann, ob der Tod unter Schmerzen eingetreten ist oder nicht.

SPIEGEL: Daß Barschels Augen geschlossen waren, bedeutet also nicht, daß sie ihm von fremder Hand zugeedrückt wurden?

SCHNEIDER: So ist es.

SPIEGEL: Kommt es vor, daß der Sterbende oder die Leiche sich im Wasser noch mal streckt, daß sich die Lage der Leiche also von allein ändert?

SCHNEIDER: Eine Leiche bekommt mit zunehmendem Leichenalter Auftrieb durch die Ausbildung von Fäulnisgas. Fäulnisgas kann sich sehr bald ausbilden. Es kann also durchaus sein, daß eine Leiche zunächst unter Wasser liegt und dann mit Ausbildung des Fäulnisgases aufsteigt. Aus der Tatsache, daß die Leiche mit dem Kopf über Wasser liegt, kann man nicht ohne weiteres schließen, daß der Mensch die ganze Zeit mit den Atemöffnungen über Wasser lag.

SPIEGEL: Kommt es häufig vor, daß ein Freitod so arrangiert wird, daß man eine Tötung durch fremde Hand vermuten könnte? Und wie ist es mit dem umgekehrten Fall?

SCHNEIDER: Beide Dinge sind denkbar. Sie setzen eine gewisse Intelligenz des Betreffenden voraus. Am häufigsten sind Selbsttötungen, die als Unglücksfall kaschiert werden.

SPIEGEL: Gibt es Gifte, die man bei den gerichtsmedizinischen Untersuchungen nicht nachweisen kann?

SCHNEIDER: Bei einem Vergiftungsverdacht wird im Labor nach den gängigen Medikamenten und Vergiftungstoffen gesucht. Das heißt: nicht, daß dabei alle Substanzen erfaßt werden. Es ist denkbar, daß Vergiftungen nicht als solche erkannt werden, wenn sehr ausgefallene Gifte verwandt werden. Es gibt außerdem Substanzen, die im Körper ganz rasch verstoffwechselt werden.

SPIEGEL: Das wären zum Beispiel?

SCHNEIDER: Auf diese Frage möchte ich keine konkrete Antwort geben, um nicht zur Nachahmung anzuleiten. Da muß man sich als Gerichtsarzt etwas zurückhalten.

SPIEGEL: Einverstanden. Dann sagen wir's: Kalium, Digitalis, Insulin – käme so etwas, theoretisch, in Frage?

SCHNEIDER: Dem will ich nicht widersprechen.

SPIEGEL: Für diese Substanzen müßte eine Einstichstelle nachweisbar sein?

SCHNEIDER: Ja. Einstichstellen sind jedoch manchmal schwer aufzudecken, werden auch übersehen. Vor allem dann, wenn sie sich beispielsweise im Bereich des behaarten Kopfes oder am Zungengrund in der Mundhöhle befinden. Sehr feine Nadeln hinterlassen im übrigen sehr kleine Punktionsstellen. Wenn die Haut im Wasser aufquillt, wird die Situation noch schwieriger.

SPIEGEL: Wie könnte man den Befund deuten, daß um Barschels rechte Hand ein Handtuch geschlungen war?

SCHNEIDER: Denkbar wäre, daß man so etwas „bequemer“ liegt. Es könnte auch im Todesgeschehen verrutscht und so an eine andere Position gelangt sein.

SPIEGEL: Kann man ein nasses Handtuch als Stauschlauch verwenden, der keine Spuren hinterläßt?

SCHNEIDER: Mit einem breiten Strangwerkzeug kann man den Arm, den Hals oder was auch immer komprimieren, ohne Spuren zu hinterlassen.

SPIEGEL: Könnte so eine Vene gestaut und dann Luft injiziert werden?

SCHNEIDER: Eine Luftbeibringung durch fremde Hand ist schwer denkbar. Die Luft muß in die Ader hineingebracht werden. Das setzt eine gewisse Technik voraus. Es muß auch eine Menge Luft sein ...

* Volkmars Schneider: „Die Leichenschau. Ein Leit-faden für Ärzte“. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart, New York 1987; 222 Seiten; 54 Mark.

SPIEGEL: Wieviel?

SCHNEIDER: Für eine tödliche venöse Luftembolie sind 50 bis 100 Kubikzentimeter erforderlich.

SPIEGEL: Wäre ein Tod durch Stromschlag, zum Beispiel, indem ein Täter einen elektrischen Fön in die Badewanne wirft, nachweisbar?

SCHNEIDER: Bei einem Stromtod sucht man nach sogenannten Strommarken. Beim Stromtod in der Badewanne bleiben sie oftmals aus, weil der Stromkontakt ein sehr breitflächiger ist. Damit Strommarken entstehen, muß eine besondere Stromdichte vorliegen. Beim tödlichen Stromschlag in der Badewanne sieht man an der Leiche äußerlich nichts. Die innere Leichenschau gibt dabei ebenfalls nichts her.

SPIEGEL: Kann man einem Bewußtlosen oder einem Toten größere Mengen Medikamente einflößen?

SCHNEIDER: Grundsätzlich muß man diese Frage bejahen. Aber aus meiner eigenen Erfahrung – ich bin 20 Jahre im Fach tätig – sind mir solche Fälle nicht bekannt.

SPIEGEL: Wird bei jeder Sektion routinemäßig der Blutalkohol bestimmt?

SCHNEIDER: Ja. Wir bekommen den Wert noch während der Obduktion aus dem Labor. Durch neuere Methoden können wir auch feststellen, was der Tote zuletzt getrunken hat, ob Rotwein, Weißwein, Whisky und so weiter.

SPIEGEL: Sind die Laborverfahren so perfekt, daß man die Menge der Medikamente zweifelsfrei feststellen kann?

SCHNEIDER: Ja. Wenn man eine Probe in verschiedene gerichtsmedizinische Laboratorien gibt, bekommt man normalerweise übereinstimmende Ergebnisse.

SPIEGEL: Bei einer Nachsektion müßte also dasselbe rauskommen wie in Genf?

SCHNEIDER: Wenn das Untersuchungsmaterial noch frisch und nicht fäulnisverändert ist, müßte man das gleiche Ergebnis erwarten.

SPIEGEL: Die Gerichtsmediziner spekulieren immer wieder über die Dunkelziffer bei Mord. Welches sind die gegenwärtig gültigen Ansichten?

SCHNEIDER: Keiner weiß letztlich, wie hoch die Dunkelziffer ist. Daß aber der eine oder andere Fall nicht als Tötung erkannt wird, das kommt vor.

SPIEGEL: Ihr weltberühmter Kollege und Amtsvorgänger Viktor Müller-Hess hat gesagt: „Wenn auf jedem Grab eines Ermordeten eine Kerze brennen würde, wären unsere Friedhöfe Lichtermeere.“ Glauben Sie das auch?

SCHNEIDER: Der Ausspruch wird in verschiedenen Kreisen immer wieder vorgetragen. Aber ich glaube nicht, daß Müller-Hess es wörtlich so gemeint hat.



Gerichtsmediziner Schneider
„Gewisse Intelligenz vorausgesetzt“

aber der Chauffeur „hat sich geweigert, einem Kollegen zu folgen“.

Zudem weiß niemand besser als der Journalist, daß die vermeintliche „Stern“-Enthüllung vom Treffen mit dem großen Unbekannten rein zeitlich gar nicht stimmen kann. Denn Gabely war auch der erste, der Barschel wieder aufspürte, nachdem der – um ziemlich genau 15.30 Uhr – am Flughafen mit dem Taxi verschwunden war.

Kaum zu Hause in der Genfer Innenstadt, begann der Reporter anhand einer Hotelliste systematisch die großen Häuser telephonisch abzuklappern. „Schon beim zweiten Anruf“, unter „B“ wie „Beau-Rivage“, wurde er fündig. Ein „Docteur Barschel“ sei eingetroffen, erfuhr er von der Telephonistin: „Soll ich Sie mit Zimmer 317 verbinden?“ Das war gerade eine Stunde später.

Die mehrfache, verkehrstechnisch äußerst schwierige Umrundung des Flughafens und dann noch einen knapp halbstündigen Dialog, von dem der „Stern“ schrieb, hält der ortskundige Gabely für „völlig ausgeschlossen“. Theoretisch möglich sei eine Gesprächszeit „unterwegs von fünf, allerhöchstens zehn Minuten“ – und auch das nur, wenn das Einchecken in dem alten Prunkhotel in Windeseile erledigt gewesen wäre.

Bis zum Ende der vergangenen Woche gab es auch keinen Beleg dafür, daß „Roloﬀ“ oder jemand anders dem ehemaligen Ministerpräsidenten wirklich Informationen übergeben hat. Die von der Familie referierten Sätze Barschels, er habe „einen wichtigen Mosaikstein“ zu seiner Entlastung bekommen, weisen ins Leere: In seinem Hotelzimmer jedenfalls wurde das ominöse Photo nicht gefunden, auf das Barschel so große Hoffnungen gesetzt haben soll.

Vielmehr nährte die Debatte der vergangenen Tage den Verdacht, daß es

sich bei dem Photo um ein Phantom-Bild gehandelt haben könnte. Verdächtig dunkel waren die von den Verwandten überlieferten telephonischen Andeutungen Barschels über den Mann, der auf dem Bild zusammen mit dem Enthüller Pfeiffer zu sehen sei – und der einen Zusammenhang offenbaren sollte, den sich „niemand hätte träumen lassen“.

Der Mann sei ein Politiker, vermutete in Genf Bruder Eike. Uwe habe ihn am Telefon auf die Frage, was das Photo denn zeige, vertröstet: „Du kennst dich im politischen Leben nicht so aus.“ Ein „bekannter Paßfälscher und Krimineller“ – so wiederum soll Barschel den „Mister X“ auf dem Bild seiner Frau Freya gegenüber charakterisiert haben.

Kaum glaublich schien letzte Woche, daß sich ein Mann wie Barschel wegen eines solchen Photos nach Genf zu konspirativen Treffs begibt: Was sollte mit einem solchen Bild zur Entlastung Barschels bewiesen werden? Wer auch immer mit Pfeiffer zusammen abgelichtet worden sein mag – das Bild hätte nicht die Frage beantwortet, welche Manipulationen Barschel im Wahlkampf zu verantworten hatte.

Daß Barschel wirklich ein Treffen mit „Roloﬀ“ hatte, beweisen auch nicht seine Aufzeichnungen über das Aussehen des Mannes, die „Stern“-Reporter auf dem Nachttisch fanden. Den geheimnisvollen Zettel („Wer ist R.R.“) mit der Personenbeschreibung („dunkelblonde Haare, Popelinejacke“) kann Barschel verfaßt haben, um eine falsche Spur zu legen.

Bis Ende letzter Woche beruhten alle Komplott-Theorien auf Informationen, die Uwe Barschel selber verbreitet hatte. Präziser noch: auf Informationen seiner Familie über das, was Barschel an Informationen verbreitet haben soll. Für die



Selbstmordforscher Pohlmeier
„Tod nüchtern kalkuliert“

Ermittler in Genf stellte sich in der vergangenen Woche die Frage, was von diesen Überlieferungen glaubhaft ist und was nicht. Drei Möglichkeiten blieben, wie es auch gewesen sein könnte:

- ▷ Ein Unbekannter, der sich Roloff nannte, hat sich zwar zuvor mehrfach bei Barschel gemeldet, in Genf aber war niemals ein Treffen vorgesehen. Der angebliche Termin war nur ein Vorwand für Barschel, zu anderen Zwecken nach Genf zu fahren.
- ▷ Roloff hat sich tatsächlich mit Barschel in Genf getroffen, war aber nur ein Aufschneider, der nichts zu bieten hatte, was Barschel hätte helfen können.
- ▷ Roloff ist eine Phantasiefigur. Niemals hat sich eine Person mit diesem Namen bei Barschel gemeldet. Der Mann war erfunden, um eine Komplott-Theorie in die Welt zu setzen.

Für die Möglichkeit, daß es den bedrohlichen Anrufer, der sich auch im Feriendomizil auf Gran Canaria gemeldet haben soll, in Wahrheit niemals gegeben hat, spricht zumindest ein Umstand: Die Telefonnummer, die der Unbekannte angeblich in Gran Canaria angerufen hat, um Barschel zu erreichen, hätte er, wie Eike Barschel selbst einräumt, „gar nicht gehabt haben können“ – die Nummer war nur wenigen Barschel-Vertrauten bekannt.

So war bis Ende letzter Woche nicht auszuschließen, daß es für die nebulösen Hinweise auf das Mordkomplott um Uwe Barschel eine ganz einfache Erklärung gibt: Sie waren samt und sonders Bestandteile einer großen Inszenierung, die Barschels trauriges Ende verschleiern sollte, „um Schimpf und Schande von seiner Familie abzuwehren“ (ARD-Fernsehen).

Spekulationen über diese Variante wurden in der vergangenen Woche auch in der schweizerischen Presse gehandelt. Den einheimischen Berichterstattem, die acht Tage lang die Vorgänge verfolgt hatten, schien die Sachlage klar zu sein. So favorisierte die Genfer Tageszeitung „La Suisse“ die „Hypothese machiavélique“ – die Annahme, daß ein kalt berechnender Machtmensch seinen Selbstmord als Mord konstruiert hat, „um Zwietracht in seinem Land zu säen“.

An Merkwürdigkeiten in den Erklärungen der Familie mangelt es nicht. Merkwürdig, daß der nach eigenem Selbstverständnis kluge Konzeptionist Barschel insgesamt zweimal bei seiner vergleichsweise unerfahrenen Schwester Folke in Kiel anklingelte, um sie bezüglich seiner Aktivitäten um Rat zu fragen.

Unerklärlich, daß auch seine Ehefrau Freya, die doch um die angeblichen Gefahren wußte, in denen sich ihr Mann an diesem Wochenende befand, von Gran Canaria aus keinen Kontaktversuch unternahm.

Erstaunlich schließlich, daß am Samstag in Las Palmas nur noch für einen

einzigsten Flug ein freier Platz zu buchen war – ausgerechnet nach Genf, dem angeblich lange vorher vereinbarten Treffpunkt mit dem „berüchtigten R.R.“, so Polizeisprecher Vaudroz. Ursprünglich hatte Barschel versucht, ein Ticket nach Zürich zu bekommen – wäre das Treffen dort verabredet gewesen, wie hätte er den Unbekannten, von dem er nur einen Decknamen wußte, nach Genf umdrehen sollen?

In die Reihe der Ungereimtheiten gehört desgleichen jene Hartnäckigkeit, mit der sich der Barschel-Klan von Beginn an weigerte, jede andere Deutung als die eines Mordes zuzulassen. Selbst der anfangs noch möglich erscheinende Herzschlag wurde brüsk zurückgewiesen. „Natürlicher Tod“, so die Verwandten unbarmherzig, „ist ausgeschlossen.“ Wußte die Barschel-Familie oder ahnte

nicht oder nicht problemlos ausgezahlt werden. Und im politischen Meinungskampf läßt sich, ungeachtet anders lautender offizieller Untersuchungsergebnisse, trefflich mit Mordtheorien operieren.

So geschah es im Falle der toten Terroristen von Stammheim, in denen Sympathisanten und Angehörige noch immer Mordopfer wähen. Ähnliches vollzog sich nach dem Tod des Führer-Stellvertreters Rudolf Heß, der nach Ansicht seiner Anhänger nicht freiwillig aus dem Leben geschieden, sondern von seinen alliierten Bewachern erdrosselt worden ist.

Im Fall Barschel wäre ein als Mord inszenierter Selbstmord zweifellos geeignet, einer Legendenbildung Vorschub zu leisten, die zumindest Barschels Angehörigen willkommen sein muß. „Viel-



CDU-Helfer Pfeiffer (M.): „Der richtige Biß fehlt“

sie zumindest, welche Version ihr prominentestes Mitglied wahrhaben wollte?

„Eisern entschlossen“, so formulierte die „Zeit“, sei die Familie, „den Toten zu rehabilitieren“. Ebenso gut aber kann es Barschel selber gewesen sein, der den Tod als letzte Chance der Rehabilitation sah. Schon der letzte handschriftliche Brief Barschels aus dem Urlaubsflugzeug an seine Mitarbeiterin Brigitte Eichler („Hoffentlich sehen wir uns in guter Stimmung bei uns zu Hause wieder“) könnte Teil eines geplanten Verwirrstücks gewesen sein.

Vertuschte Selbstmorde, getarnt als Mord oder auch als Unfall, sind, wie Kriminologen wissen, nicht eben selten. Oft spielt das Interesse von Angehörigen eine Rolle, an Versicherungssummen zu kommen, die im Falle eines Freitodes

leicht“, gab die „Süddeutsche Zeitung“ unter Genfer Beobachtern kursierende Spekulationen wieder, „vielleicht ist es den Barschels ganz recht, wie das so lief: Das geht aus wie bei Marilyn Monroe – noch Jahre danach werden Zweifel bleiben, und Barschels bürgerliche Ehre ist damit nicht völlig perdu“.

Geschick, Trickreichtum und schauspielerische Begabung jedenfalls hatte Barschel oft genug bewiesen, gerade in nahezu ausweglosen Situationen – so in seiner wohlinszenierten Pressekonferenz, in der ihm sein „Ehrenwort“ glatt über die Lippen ging, aber auch schon am Tag vor der Landtagswahl, als Pfeiffers Vorwürfe publik wurden.

Diesen Augenblick beschrieb, einen Tag nach dem Tod in Genf, in einem Nachruf des „Hamburger Abendblattes“ dessen Kieler Korrespondent Herbert

* Mit Helmut Kohl und dem Bremer CDU-Landesvorsitzenden Bernd Neumann.

„Ich habe daran zu knapsen“

Wie der Journalist Sebastian Knauer den toten Uwe Barschel in der Badewanne fand

Sebastian Knauer, seit zehn Jahren Redakteur beim „Stern“, schläft seit einer Woche schlecht. Er wacht jeden Morgen früh auf und fängt an, „Nick Knatterton“ zu spielen. „Ich hätte diesen Mann retten können“, sagt er sich immer wieder, „und dieser Gedanke bedrückt mich.“

Dieser Mann war Uwe Barschel. Knauer hat ihn, am vorletzten Sonntag, im Zimmer 317 des Genfer Hotels „Beau-Rivage“ in einer Badewanne tot aufgefunden.

Am Abend zuvor war Knauer von Hamburg in Richtung Genf geflogen. Bei einer Zwischenlandung in Frankfurt versuchte er, Barschel telefonisch im „Beau-Rivage“ zu erreichen. Doch niemand hob ab, obgleich Barschel, wie der „Stern“ wissen will, „seinen Zimmerschlüssel an der Reception bereits abgeholt hatte“.

Nach der Landung in Genf und „ersten vergeblichen Nachforschungen“ ging Knauer um Mitternacht auf sein Zimmer im zweiten Stock, eine Etage unter dem Ex-Ministerpräsidenten. Pflichtbewußt meldete er sich noch einmal bei seiner Redaktion in Hamburg: „Wir versuchen morgen beim Frühstück, Barschel zu interviewen. Jetzt schläft er wohl.“

Der Hotel-Weckdienst holte den Journalisten um 5.45 Uhr aus dem Bett. Um sieben Uhr saßen Knauer und der „Stern“-Photograph Hanns-Jörg Anders beim Frühstück. Kriminalistischer Spürsinn verhalf ihnen zu einem ersten Erfolgserlebnis: Der Gast „Dr. Barschel“ stand, siehe da, im Frühstücksraum auf der Gästeliste – nur: Der Gast erschien nicht.

Die Rechercheure fanden heraus, daß er sein Frühstück auch nicht aufs Zimmer bestellt habe. Und das machte sie stutzig.

Mehrmals zwischen 9.30 Uhr und zwölf Uhr wählten die beiden die Nummer 317, die Nummer von Barschels Einzelzimmer. Vergebens.

Bis dahin hatte Knauer, wie er selber sagt, „die normalen Recherchen gemacht, die ein Journalist in einer solchen Situation macht“: Zimmernachbarn, Portiers und Telefonistinnen befragt, doch niemand wußte etwas. „Die Schwierigkeit war“, so Knauer, „daß das Hotel in der Tat sehr diskret arbeitet und nicht gerade kooperationsfreudig war, was diese Auskünfte betrifft.“

Knauer wollte nun Klarheit: War Barschel noch im Hotel? Hatte er die Recherchen unterlaufen, indem er heimlich abgereist war? War „etwas passiert“, so



„Stern“-Rechercheur Knauer: „Professioneller Reflex“

Knauer, „was wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen konnten?“

Er hatte von der Redaktion den Auftrag, Barschel in Genf aufzutreiben und von ihm ein Interview zu bekommen. Ein Knüller ist schließlich nur, was man alleine hat.

Gegen zwölf Uhr klopfte Knauer, wie er sich erinnert, an Barschels Zimmertür und rief „laut und deutlich“: „Hallo, ist hier jemand?“ Keine Antwort.

Er drückte auf die Klinke, die Tür ging auf. Er schaute kurz in den Flur und stellte fest: „Da liegt ein Schuh.“

„Überrascht“ zog Knauer die Zimmertür zu, berichtete seinem Kollegen Anders, was er gesehen hatte. Nach kurzer Wartezeit ging er noch einmal in den dritten Stock, wieder Klopfen, Rufen, keine Antwort.

Vorsichtig öffnete Knauer die Tür und machte sie wieder hinter sich zu. Das Zimmer war „schummrig beleuchtet“, die Gardine bis auf einen kleinen Spalt zugezogen. Das Fenster stand offen, ein leichter Luftzug bewegte die Gardine.

Er sei „nicht in das Zimmer eingedrungen“, so Knauer, die von ihm geöffnete Tür sei unverschlossen, also quasi offen gewesen. Doch das nennen Juristen „Eindringen“, und für Hausfriedensbruch reicht das allemal. An seinem Hotelzimmer hat auch der Hotelgast ein Hausrecht – egal ob er abschließt oder

nicht. Und ein Recht auf Wahrung seiner Intimsphäre hat er auch.

Knauer hatte bei seinem zweiten Eindringen ins Barschel-Zimmer gleich eine Kamera mit Blitzlicht mitgenommen. Er war nach eigener Aussage „überzeugt, daß das Zimmer leer ist“. Das Bett war „offensichtlich über Nacht nicht benutzt worden“, fast „in einem jungfräulichen Zustand“. Die Tagesdecke hatte eine leichte Delle, es mußte jemand darauf gelegen haben.

Wie ein Kripo-Fahnder am Tatort zückte Knauer den Photoapparat, machte Bilder vom Schlafzimmer, vom Bett und vom Flur, auch an der Stelle, wo der Schuh lag.

Auf dem Nachttisch neben dem Telefon fand er sechs oder sieben Blätter, kariertes Papier im DIN-A5-Format – letzte handschriftliche Notizen von Uwe Barschel?

Sebastian Knauer las sich alles genau durch, es war die „saubere, ordentliche Handschrift eines Notars“, gut leserlich mit Kuli geschrieben. Der Text gab Auskunft über einen geheimnisvollen Informanten „R.R.“, einen „fast 1,80 Meter großen Mann“, „dunkelblond und glattrasiert, bekleidet mit Jeans, blauem Pull-over und Popelinejacke“. Und 48 Stunden später wird im „Stern“ stehen, daß es jener Mann war, den Barschel „in der Nähe des Airports“ getroffen hatte, mit dem er „knapp eine halbe Stunde spazierengehend“ sprach.

Einen Beweis, daß es den unbekannten Mann und das geheime Treffen tatsächlich gegeben hat, liefert der „Stern“ nicht. Es war eine Fährte, auf die sich das Blatt von Barschel hatte locken lassen.

Knauer lichtete ein Blatt nach dem anderen ab, ganz im Stile eines mit „richterlichem Haftbefehl ausgestatteten Staatsanwalts“ („FAZ“).

Auch im Bett wurde der Hamburger Ermittler fündig. Auf der Decke lag, aufgeschlagen mit dem Buchrücken nach oben, ein Werk des französischen Existentialisten Jean-Paul Sartre, der sich zeitlebens mit dem Begriff der Freiheit befaßt hatte. „Dieses Buch“, so Knauer hinterher, „kann mithelfen zu klären, was in den letzten Stunden in Uwe Barschel vorgegangen ist“, die aufgeschlagenen Seiten handelten von der Freiheit – und vom Tod.

Knauer verspürte beim Schnüffeln „schon ein Muffensausen“, aber er wußte, daß das „Beau-Rivage“ ein Hotel ist, „das ein ‚Do not disturb‘-Schild auch berücksichtigt“. Und draußen vor der Tür, am Messinggriff, signalisierte das Schild dem Zimmermädchen: „Bitte nicht stören.“

Die „Recherchenarbeit“ konnte ungestört weitergehen, auch wenn dem Eindringling „klar war, daß es kein normaler Vorgang war, in ein fremdes Hotelzimmer zu gehen“. Knauer: „Als ich die Badezimmertür öffnete, hatte ich die Hose voll.“

Doch der kaltschnäuzige Reporter Knauer triumphierte auch in diesem Mo-

ment über den empfindsamen Menschen Knauer – einen Journalisten, der in der Redaktion durchaus als abwägender Rechercheur gilt, der gewöhnlich nicht – *horribile dictu* – „über Leichen geht“.

In der Badewanne lag, unter spiegelglatter Wasseroberfläche, der leblose Körper Uwe Barschels, die Haut blaß und aufgedunsen, eine Hand in ein Frotteehandtuch gehüllt, die andere über der nassen Hemdenbrust.

Da war nichts mehr, was „auf irgendeine Art von Leben hindeutete“. Knauers „erster Gedanke“: „Dieser Mann war tot“ – laut Polizei seit elf Uhr.

Aber dann, der „zweite Gedanke“: Vielleicht war Barschel noch zu helfen, vielleicht war doch noch was zu machen? „Mein Gott, in was für eine Situation bin ich geraten?“ Knauer wollte mit diesem Mann ein Gespräch führen, und jetzt lag Barschel tot vor ihm – jener Mann, der seit Wochen die Nation bewegte und sie jetzt, nach seinem Tode, noch mehr bewegen sollte.

Knauers dritter Gedanke galt dem „Stern“. „Unter Schock“ drückte er, wie er später berichtete, „nur noch reflexartig auf die Kamera“. Das Ergebnis war zwei Tage später im „Stern“ zu sehen, gleich danach in der „Tagesschau“, im ZDF, in vielen Tageszeitungen und – natürlich – ganz groß in „Bild“.

Der „Stern“-Reporter hatte im „professionellen Reflex“ auf den Auslöser gedrückt und mit dem Bild zur Affäre eine neue Affäre ausgelöst, über die „das journalistische Gewerbe“, wie Theo Sommer, der Nestor der feinen Publizistik, in der „Zeit“ kommentierte, „auch weiter reden müssen“.

Durfte der „Stern“ Barschels Leiche fotografieren? Wurde Knauer „ein Opfer seines Berufs“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“)? War es „geschmacklos“, ein Ausdruck von „Sudeljournalismus“ („Süddeutsche Zeitung“), das Photo zu veröffentlichen?

„Das Photo mußte gezeigt werden“, sagt Knauer, „weil es ein Dokument ist, das zur Aufklärung beitragen kann.“ Auch der Leser müsse sich „ein authentisches Bild machen können“.

Und Knauer selber? „Also, mein Verhalten muß ich zunächst einmal vor mir selbst rechtfertigen. Und daran habe ich in dieser Situation zu knapsen.“

Der „Stern“ wird ihm dabei nicht helfen – und kann es auch nicht.

Wessels, ein langjähriger Barschel-Kenner:

Ich habe die Empörung in seinen Gesichtszügen gesehen, sein Ringen um die richtige Antwort auf das Ungeheure, das sich dort seinen erbarmungslosen Weg zu bahnen begann.

Inzwischen bin ich überzeugt, daß ich mit einigen anderen Journalisten zu einer wohlinszenierten Überraschungsparty geladen war. Barschel und seine Mitarbeiter wußten, daß an diesem Tage etwas in dieser Qualität auf sie zukommen würde. Wir sollten Zeugen der Fassungslosigkeit sein.

Ob dieser Mann so weit gegangen ist, seinen Tod als Verwirrstück zu inszenieren – exakt wird das wohl nie zu klären sein. Seinen Parteifreunden jedenfalls kam die Mordtheorie nicht ungelegen.

Unionspolitiker und einige unionsnahe Blätter ließen erkennen, daß die von der Genfer Polizei als „Fabel“ bezeichnete Mordtheorie ihnen viel besser ins politische Konzept paßt als die Selbstmord-Version. Ein Freitod, der außer Zweifel stünde, würde in den Augen vieler Wähler nicht zuletzt jene CDU-Politiker in Bonn und Kiel belasten, die ihren Parteifreund von einem Tag auf den anderen hatten fallenlassen.

Die „Bild“-Zeitung – die in Kiel nach Feststellung der „Bremer Nachrichten“ mittlerweile „von Abgeordneten aller Parteien als ‚Zentralorgan für Desinformation‘ eingestuft wird“ – nutzte letzte Woche noch die abenteuerlichsten Argumente, um die Mordthese zu stützen. Beispiel: „Für den Mord spricht . . . daß Barschel mit geschlossenen Augen in der Wanne lag – der Mörder muß sie ihm zugedrückt haben.“ Gerichtsmediziner wissen, daß Schlafmittelvergiftete durchaus mit geschlossenen Augen sterben können.

Das Schwesterblatt „Bild der Frau“ bot sogar übersinnliche Kräfte auf, um die favorisierte These zu propagieren – Schlagzeile: „Seher ‚sprach‘ Barschel im Jenseits: ‚Es war Giftmord!‘“

Mit der fetten Titelseiten-Schlagzeile „Anzeige: Pfeiffer Ost-Agent“ versuchte „Bild“ derweil, den Barschel-Helfer, der viele Jahre lang für die CDU gearbeitet hatte, dem Osten in die Schuhe zu schieben. Erst auf Seite acht, im Kleingedruckten, erfuhren die „Bild“-Leser, worauf sich die Verdächtigung stützte: auf eine anonym eingegangene Anzeige, deren Angaben laut Bundesanwaltschaft „in wesentlichen Teilen nicht mit nachrichtendienstlichen Erfahrungssätzen in Einklang stehen“; ein Ermittlungsverfahren war daher gar nicht erst eingeleitet worden.

Ebenfalls lediglich aufgrund eines anonymen Briefes hatte „Bild“ den Barschel-Mitarbeiter zwei Tage zuvor einem westlichen Geheimdienst zugeordnet: Pfeiffer sei, so der Hinweis, Mitarbeiter des bremischen Verfassungsschutzes – eine Darstellung, die er selber ebenso wie die Behörde dementierte.

Schon in den Wochen zuvor war Pfeiffer kaum irgendwo so ins Zwielficht gerückt worden wie in Blättern des Sprin-



Barschel-Titel: „Ein Dokument zur Aufklärung“

ger-Konzerns. Unisono taten die Springer-Zeitungen verwundert, wie so einer überhaupt in die Kieler Staatskanzlei gelangen konnte. Dabei hätten sie die Antwort selber geben können: Pfeiffer hat bis zum heutigen Tag einen Anstellungsvertrag mit dem Springer-Verlag. Eigens für das Wahlkampfbjahr 1987 war er an Barschels Regierungspressestelle ausgeliehen worden; erst jetzt soll das Arbeitsverhältnis aufgelöst werden.

Die „Welt“ deutete lediglich an, Pfeiffer sei der Kieler Staatskanzlei „von CDU-Seite als kompetenter und zupackender Journalist empfohlen“ worden. Die Einstellung, so „Bild am Sonntag“, sei erfolgt aufgrund von Zeugnissen, in denen – „wie's bei Beurteilungen so üblich ist“ – „nur Gutes“ gestanden habe, außerdem sei Pfeiffer „wie ein seriöser Biedermann“ aufgetreten. Das Blatt schien es nicht fassen zu können: „Hätten die Männer um Uwe Barschel doch mal nachgefragt ...“

Die angemahnte Nachfrage war gar nicht nötig: Pfeiffer war nach eigener Darstellung von der höchsten Instanz des Springer-Verlags vermittelt worden – vom Vorstandsvorsitzenden Peter Tamm, gleichermaßen persönlich befreundet mit Uwe Barschel wie mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Eigentlich war Pfeiffer im September vorigen Jahres, damals leitender Redakteur der CDU-nahen Bremer Wochenzeitung „Weser Report“, vom Springer-Verlag für ein neues Tageszeitungsprojekt (Arbeitstitel: „Der Tag“) angeheuert worden. Damit sollte der „Hamburger Morgenpost“ Paroli geboten werden, die der Verlag Gruner + Jahr gerade gekauft und tüchtig aufgemöbelt hatte. Als das Konkurrenzblatt jedoch nicht gleich den von den Springer-Strategen befürchteten Auflagensprung machte, wurde das Vorhaben eingestellt.

Für Pfeiffer fand sich rasch ein Ersatzjob. Am 7. November traf sich im Zimmer des damaligen stellvertretenden Springer-Vorstandsvorsitzenden Günter Prinz, aber ohne dessen Beisein, der Kieler Regierungssprecher Gerd Behnke mit Pfeiffer und Prinz-Büroleiter Gerd Rattmann. Zehn Tage später führte Barschel selber im Schwarzkopf-Herrenhaus Steinhorst ein Vorstellungsgespräch mit Pfeiffer, das, so der derzeit geschäftsführende Ministerpräsident Henning Schwarz, „etwa zwanzig Minuten“ dauerte.

Noch bevor Pfeiffer, am 22. Dezember, einen Arbeitsvertrag der Kieler Staatskanzlei erhielt, hatte der Springer-

AXEL SPRINGER VERLAG AG

Hamburg, den 30. September 1986
7127 - 86/bau

Sehr geehrter Herr Pfeiffer,

wir bestätigen Ihnen, daß Sie mit Wirkung vom 1. Januar 1987 (evtl. früher) als Redakteur in das Ressort Politik in unser neues Objekt eintreten werden.

Es wurde ein Gehalt in Höhe von

DM 9.000,-

brutto monatlich vereinbart.

Der Verlag übernimmt die Umzugskosten von Bremen nach Hamburg in der im Hause üblichen Weise in Form eines zinslosen Darlehens.

Hamburg, den 11. Dezember 1986
7127 - Schw/bau

Sehr geehrter Herr Pfeiffer,

wir bestätigen die mit Ihnen getroffene Vereinbarung, wonach der mit Ihnen gemäß Schreiben vom 30. September 1986 geschlossene Vertrag für das Jahr 1987 ruht. Wir sind uns darüber einig, daß dieser Vertrag ab 1. Januar 1988 wieder gilt.

Bitte reichen Sie uns die Kopie dieses Schreibens zum Zeichen Ihres Einverständnisses unterschrieben zurück.

Mit freundlichen Grüßen

AXEL SPRINGER VERLAG AG

(Feldenkirchen)

(Schwarz)

Springer-Verträge mit Pfeiffer (Ausrisse) „Gegenkandidaten demontieren“

Verlag, am 11. Dezember, bereits schriftlich bestätigt, daß Pfeiffers Vertrag mit dem Zeitungskonzern „für das Jahr 1987 ruht“ und „ab 1. Januar 1988 wieder gilt“.

Die Freistellung des Leih-Redakteurs Pfeiffer für den schleswig-holsteinischen Wahlkampf ging so glatt, daß sich auch die Lübecker Staatsanwaltschaft für die Umstände des fliegenden Wechsels interessierte. Sie hat deshalb sechs führenden Springer-Manager als Zeugen gehört: neben Tamm und Rattmann das Vorstandsmitglied Christian Herfurth, das stellvertretende Vorstandsmitglied Erhard van Straaten, Personaldirektor Gerhard Menzel und den Leiter der „Bild“-Zentralorganisation, Friedhelm Voss.

Bei den Vernehmungen stellte sich heraus, daß der Springer-Verlag neben der personellen auch eine finanzielle Wahlkampfhilfe leistete. Denn obschon Pfeiffer in Kiel nach „BAT 1 b, Fallgruppe 1 a“ bezahlt wurde (Monatsgehalt: etwa 5700 Mark), reichte dies bei weitem nicht an die mit Springer vereinbarten Bezüge (9000 Mark) heran.

Die Differenz beglich das Haus Springer.

Am 23. November, sechs Tage nach dem Steinhorster Einstellungsgespräch,

hatte Rattmann bereits einen Weg gefunden, wie das Aufgeld unauffällig transferiert werden konnte: In einer Hausmitteilung an van Straaten schlug der Prinz-Bürochef vor, Pfeiffer pro forma einen Auftrag für ein Gutachten zu erteilen und dieses gut zu honorieren.

Schon drei Wochen später, am 15. Dezember, meldete Rattmann Vollzug: Das „Gutachten“ Pfeiffers, ein dürres Papier über ein „kostenloses Bremer Wochenblatt“, liege vor, die Pauschale könne „Anfang des Jahres“ 1987 überwiesen werden: 50 000 Mark.

Aus Unterlagen, die Ermittler sicher gestellt haben, ergibt sich, daß der Springer-Verlag ein massives Interesse an der Verpflichtung Pfeiffers hatte und daß Barschel gewußt haben muß, daß er sich mit Pfeiffer einen Mann fürs Grobe in die Regierungszentrale geholt hat.

In einem Brief vom 9. November an Barschels Pressechef Behnke schrieb Pfeiffer:

Es war erfrischend und ermunternd zugleich, mit Ihnen gesprochen zu haben. Ich habe mich fest entschlossen und dies fiel mir nicht schwer, für den Wahlsieg der CDU in Schleswig-Holstein zu kämpfen wie ein potentieller Olympiasieger. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen als gestandenen Journalisten und werde mein Bestes tun, den mir voraussehlenden Ruf als hartnäckigen, ideenreichen und belastbaren Kollegen auch gerecht zu werden.

Am 7. Dezember schrieb Pfeiffer an den Springer-Manager Rattmann:

... dies gilt auch für meine in Kiel begonnene Tätigkeit, die im wesentlichen so beschrieben werden kann, das Image des Ministerpräsidenten einerseits aufzupolieren, andererseits das Ansehen des Gegenkandidaten wirkungsvoll zu demontieren. Nach meiner bisherigen psychologischen Einschätzung wird es wohl hier zu einer optimalen Zusammenarbeit kommen, über deren Verlauf ich Ihnen regelmäßig berichten werde.

Am 24. Dezember entbot Pfeiffer Rattmann Weihnachtsgrüße und fuhr dann fort:

In Kiel läuft es bisher nach meiner Einschätzung optimal, was meinen Arbeits-einsatz angeht ... nur glaube ich, daß den Kollegen hier mitunter der richtige Biß fehlt, der gute Boulevardjournalisten auszeichnet. Indem ich dem Hause Springer weiterhin alle Ehre zu machen versuche, verbleibe ich bis zur nächsten Zwischen-nachricht ...

Am 30. Dezember übersandte Pfeiffer Neujahrswünsche an Uwe Barschel und schrieb:

... wünsche ich Ihnen für 1987 nicht nur Gesundheit, sondern vor allem einen deutlichen Wahlsieg am 13. September. Was mich angeht, so möchte ich dabei als ehrgeiziger Mensch im Sinne sportlichen Gewinnens kräftig mithelfen.

Pfeiffer weiter an Barschel: „Dies bedingt natürlich einen persönlichen Einsatz ohne stetige Einhaltung starrer Dienstwege. Aus diesem Grund möchte ich auf Ihr Angebot zurückkommen, ein persönliches Gespräch unter vier Augen zu führen.“